

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

**Abonnementspreis** im Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mk., bei Selbstabholung 1.90 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.— Mk., für 1 Monat 2.— Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.). — Postkontonr. 58 477.

**Redaktion:**  
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.  
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung-Leipzig.  
Fernsprecher: 18088.

**Inseratenpreise:**  
Die 7gespaltene Petitzeile 50 Pfg. und 40% Teuerungszuschlag — 70 Pfg. Desgl. bei Plagvorschrift 55 Pfg. und 40% Teuerungszuschlag — 77 Pfg. Schluß der Annahme von Inseraten für die künftige Nummer früh 9 Uhr. Postkontonr. 58 477.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Die Diktatur gegen das Proletariat

### Neue Pläne der Gegenrevolution.

Unser Erfurter Parteiblatt enthält folgende Pläne der Gegenrevolution:

„Wir haben in Nr. 102 in unserem Artikel „Seid auf der Hut!“ unsern Lesern angedeutet, daß nicht nur in Dahlem Eisen revolutionärer Arbeiter zusammengestellt sind. Der Mittelmeister Raab hat in Dahlem ausgeplaudert, was der Zweck dieser Pläne und der Alarmbereitschaft ist, die auch in Erfurt angeordnet ist:

Auf Eisen sind alle Adressen der revolutionären Elemente zusammengestellt. In den nächsten Tagen sollen alle die darauf bezogenen verhaftet und zwangsweise nach Frankreich zum Wiederaufbau abtransportiert werden. Die Reichsregierung sei mit dem Plane einverstanden. Die Bürgerwehren gelte als alarmiert auf das Stichwort „Alarm“.

Bei uns in Erfurt lauten die Alarmvorschriften anders: Garnisonkommando, Magistrat wirken bei der Alarmierung mit und auch die Kirchgemeindevorstände sind beteiligt, denn die Kirchenglocken werden geläutet!

Wie steht nun mit der Liste der revolutionären Arbeiter, die verhaftet werden sollen?

Auch nach dieser Richtung ist vorgesorgt:

Die erste Liste der Namen mit etwa einem Dutzend der „neuesten Leiter“, der „Strohmannen“ und der „Brennischen“ ist schon seit längerer Zeit bekannt, auch eine zweite Liste mit etwa 60 Namen besteht, aber das genügt noch nicht:

Vor kurzem wurde eine Liste mit etwa 1200 Namen nach Kassel weitergegeben.

Es sind alle Funktionäre der U. S. P., der Kommunisten, der Syndikalistiken darauf verzeichnet, die vor der Proklamierung der Militärdiktatur verhaftet werden sollen.

Wie heute fragen wir an:  
Was weiß der Magistrat, was das Garnisonkommando von der Sache? Wie steht es mit den neuen Alarmvorschriften?

### Hochverräter an der Weltrevolution.

Noske hat die wahre Stellung der deutschen Regierung Sowjetrußland gegenüber enthüllt. Er stellt sich auf die Seite der feindlichen Militärdiktatur. Er sucht die Haltung der Reuterer zu rechtfertigen, indem er von einem Wortbruch der lettischen Regierung redet. Er gesteht, daß seine Besuche wirkungslos sind, wenn sie sich gegen den Willen der Offiziersclique richten. Er redet wie in der Zeit, wo er als Volksbetreuer für die Zwecke des Ludendorffschen Kriegspresseamts tätig war, von der Gefahr für Ostpreußen.

Die Offiziers der Regierung haben diese Schwankung zu den konterrevolutionären Monarchisten hin systematisch vorbereitet. Sie haben zuerst den Landesverräter von der Goltz in Schutz genommen. Sie haben dann angedeutet, daß die lokalen Ententevertretungen schon geneigt seien, die deutschen Truppen angeschlossen der Volkswirtschaften in Lettland zu lassen, und daß man hoffe, auch die Ententevertretungen von der Notwendigkeit zu überzeugen. Nun enthüllt Herr Noske die wahren Absichten.

Alles, was der deutsche Außenminister seinerzeit über die Lage im Baltikum, über das Verhältnis zu Sowjetrußland gesagt hat, sind danach nur leere Worte. Der wahre Charakter der deutschen Politik wird indes bestimmt durch die Wahl Hermann Müllers, sondern durch die Taten der im Besitz der realen Machtmittel befindlichen Kreise. Wie während des Krieges die Oberste Seeresleitung die Politik bestimmte unter Ausschaltung der Regierung, so wird heute die deutsche Politik gegen Rußland von den Offizieren und ihrer Strohspitze Noske gemacht, die auf die Worte und Absichten Müllers pfeifen.

Ein Mitglied der deutschen Regierung billigt das konterrevolutionäre Treiben in Lettland. Ein Mitglied der deutschen Regierung wiederholt die schamlose Lüge, daß Sowjetrußland Ostpreußen bedrohe, trotzdem die russische Sowjetregierung mehr als einmal ihre friedlichen Absichten feierlich beteuert hat. Ein Mitglied der deutschen Regierung führt die Beziehungen zur lettischen Regierung, indem es ihr den Wortbruch vorwirft, dessen sich die deutsche Regierung und ihre Werbepostulare selbst an den Truppen in Lettland durch ihre falschen Wortspielereien schuldig gemacht haben. Und das, trotzdem im amtlichen diplomatischen Verkehr die lettische Regierung diese Beschuldigung als haltlos zurückgewiesen hätte.

Angeht es dieser Tatsachen erheben wir schwere Anklagen gegen die deutsche Regierung.

Was gedenken die Behörden gegen diese Putschpläne von rechts zu tun? Oder sollen die revolutionären Arbeiter Erfurt selbst wieder Ordnung schaffen?

Heute herrscht die Diktatur gegen das Proletariat, morgen will sie das Bürgerturn verschärfen durch den weißen Terror in seiner kräftigsten Form. Alle Abwehrversuche der Regierung, alle lächerlichen Klagen ihrer Politisch-Parlamentarischen Nachrichten können nicht mehr verhindern, daß die freche Konterrevolution ihre Macht täglich verhärtet. Die Diktatur gegen das Proletariat erteilt der Arbeiterklasse die Lehre, daß es durch die proletarische Diktatur die Bourgeoisie niederzwingen muß, wenn es sich dauernd von der bürgerlichen Herrschaft befreien will.

### Ein Schandurteil des Hamburger „Kriegsgerichts“.

Hamburg, 4. Sept. Der politische Redakteur der unabhängigen Hamburger Volkszeitung, Genosse Ehrenfried Wagner, wurde vom „außerordentlichen Kriegsgericht“ wegen Verleumdung des Corps Vektor-Gesetz zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt. Die Strafe ist innerhalb 24 Stunden anzutreten.

Die systematische Verfolgung der ihm unbecommenen Oppositions-Preise durch Noske und seine ihm vorstehenden Militärschergen erinnert an die schlimmsten Tage der Sozialistenverfolgung in den 80er Jahren. Die Hamb. Volksztg., deren beide verantwortlichen Redakteure militärgesichtlich verfolgt werden, hatte in durchaus berechtigter Weise das standalöse Treiben der Noskegesellen einer scharfen Kritik unterzogen. Wenn die leitenden Militärkreise doch nur so empfindlich bedacht wären, die Ehre und Würde der Schutzhaftlinge und Revolutionäre zu wahren. Sozialistische Redakteure, die berechnete Interessen wahrnehmen, würden auf Grund eines noch dazu ungeschicklich und schändlich angewendeten „Belagerungszustandsgesetzes“ 6 Wochen ins Gefängnis. Wirklich, eine herrliche Zeit, diese Noskediktatur zur Erwürgung sozialistischer Freiheit.

Wir fragen sie an, daß sie das lettische Volk weiter von den uniformierten Banden der Eisernen Division unterdrücken und an.s.r.a.u.b.e.n lassen will.

Wir fragen sie an, daß sie der Entente die Kolbateska in Lettland zum Kampf gegen Sowjetrußland anbietet und sich zum Bundesgenossen der internationalen Reaktion gegen Rußland macht.

Wir fragen sie an, daß sie sich auf die Seite der monarchistischen Verschwörer stellt, die die endgültige Niedererschlagung der deutschen Arbeiterkraft vorbereiten.

Wir schreiben ihr ins Gesicht: Verräter an dem deutschen Proletariat, Hochverräter an der Weltrevolution!  
Nun mögen sie uns anklagen.

### Der Bundesgenosse der Monarchisten

Berlin, 4. September. (Drahtbericht.) Reichsverminister Noske machte einem Mitarbeiter der Deutschen Allg. Zeitung ausführliche Mitteilungen über die schwebenden militärischen Fragen. Er besprach zunächst die Lage in Lettland und sprach die Ansicht aus, daß es nicht möglich sein werde, gegenüber der Entente die dortigen deutschen Truppen über den Wortbruch der lettischen Regierung irgend etwas mit Befehlen zu erzwingen. Man müsse die Erbitterung der Leute bedenken, die, statt sich auf eigener Scholle ansiedeln zu können, sich jetzt in das Meer der Erwerbslosen einreihen lassen müssen. Zu hoffen sei indessen, daß die verschärfte Vermittlung des Grafen von der Goltz Erfolg haben werde. Im übrigen sei die Lage im Baltikum außerordentlich unsicher. Die dort stehenden antibolschewistischen Truppen russischer Nationalität zählten nur etwa 6000 Mann und seien, da sie zudem nicht als Oberbefehlshaber anerkannt worden, von der Entente nur ungenügend mit Waffen ausgerüstet. So entliehe gleich nach der deutschen Räumung Lettlands wieder die alte Gefahr für Ostpreußen, die bedingend die sofortige Schaffung eines Verteidigungssystems erfordere.

### Massendeportationen ungarischer Kommunisten.

Zur Zwangsarbeit in Rumänien verurteilt.  
Folgende Drahtung, die ein Alarm für das internationale Proletariat sein dürfte, geht der Nationalzeitung aus Budapest zu: „Die Ihr Korrespondent aus zuverlässiger Quelle erzählt, sind dreihundert der verhafteten ungarischen Kommunistenführer, darunter der ehemalige Präsident der Räterepublik, Alexander Garbel, und der Volksbeauftragte Siegmund Kunfi von den Rumänen nach der Dobrußschka verfrachtet worden, wo sie zu Zwangsarbeiten verwendet werden. Die Angelegenheit hat in Budapest gewaltigen Aufsehen erregt, da die Verhafteten ohne gerichtliches Urteil verfrachtet worden sind. Die Sozialdemokraten fordern die unverzügliche Zurückführung der Verhafteten, die vor einem Staatsgerichtshof gestellt werden sollen.“

### Offene oder latente Diktatur des Proletariats?

P. B. Nach der Eroberung der politischen Macht durch die Ausgebetteten müssen alle Produktionsinstrumente „in den Händen der als herrschende Klasse organisierten Proletariats“ zusammengefaßt werden, um „die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren“. Das kann nur geschehen durch despotische Eingriffe in den bürgerlichen Rechtszustand und in die kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Diese gewaltsamen Eingriffe werden vollzogen im Proletariat. Der erste Schritt in den Arbeiterrevolution muß also „die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse“ sein. Das ist die Auflösung der Diktatur des Kapitalismus durch die Diktatur des Proletariats. In der Zeitspanne, in der die Umwälzung der kapitalistischen in die sozialistische Wirtschaft erfolgt, muß das herrschende Proletariat die widerständige kapitalistische Klasse immer wieder niederwerfen. Zu diesem Zweck ist eine feste Organisation der Herrschaftsgewalt erforderlich. Diese schafft sich das Proletariat in seinen Klaffen einrichtungen.

Daß die deutsche Arbeiterklasse in vielen Dingen der sozialistischen Praxis erheblich weiter sehen gelernt hat, verdammt sie nicht zuletzt dem Anschauungsunterricht der russischen Revolution. In dieser ersten proletarischen Revolution würden Notwendigkeiten vollzogen, deren Erfüllung dem deutschen Proletariat noch vorbehalten ist. Die Proklamierung der Räterepublik war der Eintritt in die offene Diktatur des Proletariats. In den Artikeln 4 und 5 der Verfassung der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik wird diesem Umsturz geschäftsmäßiger Ausdruck verliehen. „Der III. Allrussische Sowjetkongress der Arbeiter, Soldaten- und Bauerndeputierten ist der Ansicht, daß gegenwärtig, im Augenblick des Entscheidungskampfes zwischen dem Proletariat und dessen Ausbeutern, den letzteren in keinem der Regierungorgane Platz eingeräumt werden darf. Die Regierungsmacht muß ganz und ausschließlich den werktätigen Massen und ihrer bevollmächtigten Vertretung, den Sowjets der Arbeiter, Soldaten- und Bauerndeputierten, zustehen. Die Grundausgabe der für den gegenwärtigen Uebergangszustand bestimmten Konstitution der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik besteht in der Errichtung der Diktatur des städtischen und ländlichen Proletariats und der ärmeren Bauernschaft in Form einer mächtvollen Allrussischen Sowjetregierung zum Zweck der völligen Niederhaltung der Bourgeoisie, der Beseitigung aller Ausbeutung des einen Menschen durch den andern und der Einführung des Sozialismus, in dem es weder Klassenunterschied noch Staatsmacht geben wird.“ Diese Beschlüsse des fünften Allrussischen Sowjetkongresses vom 10. Juli 1918 sind nur der schriftliche Niederschlag einer seit der Oktoberrevolution von den Bolschewiki geleiteten offenen Diktatur des Proletariats, die in der Ausführung der Konstitution die allgemeine nationale Einrichtungen endgültig durch die Klaffen einrichtungen der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte ersetzte. In dem amtlichen Auflösungsdekret, mit dem die verfassunggebende Versammlung in Petersburg im Januar 1918 aufgelöst wurde, heißt es u. a.: „Die arbeitenden Massen mußten sich durch Erfahrung davon überzeugen, daß der alte bourgeoisistische Parlamentarismus sich überlebt hat, daß er gar nicht vereinbar ist mit der Aufgabe der Verwirklichung des Sozialismus, daß nicht die allgemeine nationale, sondern nur die Klasseninteressen (wie die Sowjets) sachlich sind, den Widerstand der bestehenden Klassen zu besiegen und den Grund zur sozialistischen Gesellschaft zu legen.“

Die politische Entrechtung aller Personen, die zum Zwecke der eigennütigen Ausbeutung Lohnarbeiter beschäftigen, ist der Zweck der Diktatur der Arbeiterräte. Damit ist der direkte Einfluß der Besitzenden in den Staatsorganen ausgeschaltet und der innere sabotierende Widerstand in den Zentren der Revolution gebrochen.

Das Bürgerturn mußte sich in seinen Revolutionen das Mitbestimmungsrecht im Staate erkämpfen gegen den herrschenden feudalen Despotismus. Die Selbstherrlichkeit der autokratischen Monarchie („Der Staat bin ich“) und die Ständeverfassung des abligen Großgrundbesitzes (der englischen Lords, der preussischen und russischen Junker, der französischen Adligen) wurde verdrängt durch die konstitutionelle Monarchie und bürgerliche Republik der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Der bürgerliche Parlamentarismus der heutigen Klassengesellschaft ist das Feigenblatt der bürgerlich-junkerschen Allianz gegen das Proletariat. Der Einfluß der Abgeordneten auf die kapitalistischen Verfassungen ist abgeleckt durch die außerparlamentarische reale Macht der bestehenden Klasse. Die Ver-